

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen am 02. und 03. April.

Initiator*innen: Stadtvorstand (beschlossen am: 11.04.2022)

Titel: **Leitantrag: „Gerechte Stadt – Eine Agenda für München“**

Antragstext

1 München ist eine reiche Stadt. Sie zählt zu den Weltstädten und ist ein Zentrum
2 für Kultur und Wissenschaft, Politik, Medien und Sport. Regelmäßig landet
3 München in internationalen Ranglisten, die den Lebenswert von Städten bewerten,
4 auf den vordersten Plätzen. Münchens Nähe zur Natur, die Ansiedlung von
5 Weltkonzernen und die starke Wirtschaft, die guten Verdienstmöglichkeiten und
6 die Sicherheit machen München und das Umland als Wohnort sehr attraktiv.

7 Zwar profitieren die meisten Münchner*innen von diesen Standortfaktoren, doch
8 hat die große Attraktivität auch Nachteile: Gentrifizierung ist allgegenwärtig,
9 die Mietpreise sind die höchsten in ganz Deutschland, Wohnraum ist extrem knapp
10 und manchmal zweckentfremdet, die hohe Einwohnerdichte macht Freiräume knapp und
11 verstärkt die Nutzungskonflikte – sowohl im Verkehr als auch für Freizeit und
12 Naherholung. Für Familien sind Wohnungs- und Kita-Platz-Suche mit einem enormen
13 zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Studierende unserer beiden Elite-
14 Universitäten und herausragenden Hochschulen finden kaum bezahlbaren Wohnraum.
15 Der Druck macht sich auch für die Umwelt bemerkbar. Die Luft an vielbefahrenen
16 Straßen ist schlecht; Parks, Grünanlagen und Freiflächen sind überlastet; echte
17 Naturflächen sind rar.

18 Der Erfolg Münchens sollte aber kein Nachteil für manche, sondern ein Vorteil
19 für alle sein: für Familien und Alleinstehende, für Kinder und Senior*innen, für

20 Gesunde und Kranke, für Menschen ohne und mit Behinderung, für Münchner*innen
21 und solche, die es werden wollen, für Menschen mit und ohne
22 Migrationsgeschichte, für Wohlhabende und finanziell schlechter gestellte
23 Bürger*innen. Eine erfolgreiche Stadt wie München sollte es sich leisten können
24 eine rundum gerechte Stadt zu sein, die alle mitnimmt und niemanden
25 vernachlässigt oder übersieht. Wir Grüne setzen uns für eine Infrastruktur und
26 Stadtgesellschaft ein, in der alle gut leben können.

27 Darauf wollen wir bei der fortlaufenden Entwicklung der Stadt, baulich und
28 gesellschaftlich, unseren Fokus legen und die gute Basis für alle Menschen
29 überall zugänglich und nach und nach besser machen.

30 Unser Engagement gilt unter anderem folgenden Bereichen:

31 **Wohnen:**

32 München hat großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und muss gut Sorge tragen für
33 den Erhalt seiner Grünbeziehungen – für Klimaresilienz, Frischluftschneisen,
34 Biodiversität und Naherholungsmöglichkeiten. Um diese Konkurrenzsituation zu
35 lösen, müssen wir wichtige Grünverbindungen erkennen und nachhaltig schützen und
36 den notwendigen Wohnraum in den Händen der LHM oder sozialorientierten
37 Genossenschaften behalten. Die neuen Quartiere sollen energieautark und autofrei
38 sein, mit guten Anschlüssen an einen leistungsstarken ÖPNV sowie an ein gut
39 ausgebautes Radverkehrsnetz, mit kurzen Wegen und lebendigen Erdgeschosszonen.
40 Die Planungen zielen auf innovative, zukunftsfähige, mutige Lösungen ab und
41 lassen eine menschenfreundliche Stadt entstehen.

42 Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die Belange von Umwelt
43 und Klimaresilienz zu schützen, planen wir Neubaugebiete kompakt. Größere Höhe
44 spart Fläche und ermöglicht grüne Freiräume. Um Platz zu sparen wollen wir das
45 Überbauen von Gewerbeflächen vorantreiben. Gewerbe-Parkplätze wollen wir in
46 Parkhäusern unterbringen und durch gute ÖPNV-Anbindung weniger relevant machen
47 und so die Möglichkeit schaffen zu entsiegeln und zu begrünen.
48 Die entstehenden Dächer sollten für Photovoltaikanlagen oder als Dachgärten
49 genutzt werden. Durch hohe Energiestandards und nachhaltige Heizungssysteme wird
50 eine zukünftige Energieunabhängigkeit direkt mitgeplant.

51 Wir nehmen uns Wien als Vorbild, wo der Großteil der Wohnungen in städtischer
52 Hand ist und damit langfristig unabhängig von Spekulationen und Wertsteigerung.
53 Wir nutzen dazu die rechtlichen Möglichkeiten, Häuser und Grund nach und nach
54 zurückzukaufen.

55 Insbesondere für finanziell schlechter gestellte Menschen, egal ob alleinstehend
56 oder Familien, stellen wir bezahlbaren Wohnraum sicher und planen neue
57 Wohnprojekte und Viertel so, dass ein eigenes Auto nicht nötig ist. Kindergärten
58 und Kitas, Lebensmittelgeschäfte, Sport, Kultur und Gesundheitsversorgung sollen
59 immer auch zu Fuß, mit dem Rad oder schnell mit dem ÖPNV erreichbar sein.

60
61 Weitere uns wichtige Instrumente bezahlbares Wohnen und Mieter*innenschutz im
62 Bestand zu sichern und eine nachhaltige soziale Bodenpolitik weiter zu
63 entwickeln hat die grün-rosa Stadtratsfraktion in einem "Münchner Appell – **Die**
64 **Wohnungskrise in München und anderen großen Städten wirksam bekämpfen:**
65 **Forderungen für eine soziale Wohnungs- und nachhaltige Bodenpolitik**" an die
66 Parteien der Ampelkoalition zusammengefasst (näheres im Dringlichkeitsantrag).

67 Die Nähe zur Natur und deren Erhalt oder Neugestaltung behalten wir immer im
68 Blick. Wir bauen wildtiergerecht und leisten mit viel Grün, ob Baum oder
69 Strauch, Dach- oder Fassadenbegrünung einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des
70 Stadtklimas.

71 Wir verlieren auch die Ärmsten nicht aus dem Blick, die sich in München selbst
72 günstige Wohnungen nicht leisten können, und schaffen ausreichend Unterkünfte
73 für Menschen, die in Obdachlosigkeit oder Wohnungslosigkeit geraten sind und
74 einen Schlafplatz, aber auch Hilfe bei Wiedereingliederungsmaßnahmen erhalten.

75 **Gleichstellung:**

76 Die Gleichstellung von Frauen vor dem Gesetz hat noch nicht zu einer
77 Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft geführt. Frauen besetzen deutlich
78 weniger Führungspositionen und sind seltener in Parlamenten und kommunalen
79 Gremien vertreten als Männer. Um notwendige, aber unbezahlte Care-Arbeit leisten
80 zu können, arbeiten sie oft in Teilzeitmodellen, was zum einen zu
81 wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Partner und zum anderen zu Altersarmut führt.
82 Auch im öffentlichen Raum spielen Frauen eine untergeordnete Rolle und sind weit
83 weniger sichtbar: Denkmäler und Straßennamen ehren in der Regel Männer und eine
84 Parität lässt sich nicht spontan erzwingen. Bei der Aufteilung des Öffentlichen
85 Raums gibt es auch noch einen 'Gender Gap'.

86 Den langen Weg zur Gleichstellung in der Politik, in der Wirtschaft, auf dem
87 Karriereweg und bei der Familienplanung sowie in der öffentlichen Sichtbarkeit
88 werden wir dennoch beschreiten! Gleichstellung ist keine Nebensächlichkeit -
89 Gleichstellung bedeutet gleiche Chance für alle Menschen und die Möglichkeit
90 frei und selbstbestimmt leben zu dürfen. Das ist ein Grundrecht und damit ist
91 Gleichstellungspolitik ein grundlegender Auftrag aller demokratischer Parteien.

92 Auf kommunaler Ebene können wir einige grundsätzliche Themenfelder der
93 Gleichstellungspolitik angehen – und das wollen wir mit aller Kraft tun!

94 Bei neuen Straßennamen oder Straßenumbenennungen werden wir vorzugsweise Frauen
95 ehren und wir setzen uns für mehr Denkmäler oder Gedenkorte ein, die Frauen und
96 deren Leistung hervorheben und damit sichtbar machen.

97 In der Besetzung von städtischen Führungspositionen setzen wir
98 Geschlechterparität durch. Denn in einer Gesellschaft, die zu mehr als der
99 Hälfte aus Frauen besteht, muss mindestens die Hälfte der Macht auch für Frauen
100 reserviert sein! Wir garantieren Frauen dafür die gleichen Chancen sowie die
101 gleichen Gehälter bei gleicher Leistung, um unseren Beitrag gegen den Gender-
102 Pay-Gap zu leisten.

103 Bei der Verkehrs- und Quartiersplanung wollen wir die Bedürfnisse von Frauen
104 stärker in den Vordergrund rücken – das heißt 'Stadt der kurzen Wege', Ausbau
105 der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV. Außerdem müssen Frauen sich zu jeder
106 Tages- und Nachtzeit angstfrei bewegen können, kluge Stadtplanung kann dies
107 bewerkstelligen.

108 Kinderbetreuung und die Betreuung Pflegebedürftiger Familienangehöriger liegt
109 meist (noch) in Frauenhand. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu schaffen,
110 die hier unterstützen. Das kommt langfristig nicht nur Frauen zugute.

111 Wir treten geschlechtsspezifischer, queerfeindlicher und sexistischer Gewalt
112 gezielt entgegen und schaffen Strukturen der Ansprache, Sichtbarkeit und
113 Thematisierung. Bei Partnerschaftsgewalt benötigen Frauen schnelle Hilfe. Wir
114 treten gegenüber der Staatsregierung für eine angemessene Ausstattung der
115 Frauenhäuser ein. Wir sichern Frauengesundheit durch spezialisierte Stellen,
116 insbesondere auch in Zeiten ungewollter Schwangerschaft.

117 Frauen sind sehr viel stärker durch Altersarmut bedroht als Männer. Ebenso leben
118 bereits mehr Frauen als Männer in Altersarmut. Wir setzen uns in unserer Stadt
119 für den Ausbau niedrigschwelliger Beratung und Unterstützung auch insbesondere
120 für Seniorinnen ein.

121 Auch Menschen aus der LSBTIQ*-Community werden nach wie vor politisch und
122 gesellschaftlich benachteiligt. Sie benötigen Schutzräume und eine besondere
123 Beratungsinfrastruktur. Diese unterstützen wir weiterhin und werden die
124 Förderungen verstetigen. Um allen aus der Community Räume anzubieten,
125 unterstützen wir die Gründung eines Trans-Inter-Zentrums und die notwendigen
126 Personalstellen für Beratung und Betrieb.

127 **Gesundheit:**

128 Alle Münchner*innen haben das Recht auf eine qualitativ hochwertige und
129 umfassende Gesundheitsversorgung, unabhängig von ihrer Lebenssituation. 2015 hat
130 Deutschland die Grenzen für Flüchtende aus Syrien, Afghanistan und vielen
131 anderen Ländern geöffnet. Aktuell heißen wir zahlreiche Menschen aus der Ukraine
132 in München willkommen. Als Weltstadt mit Herz ermöglichen wir Menschen in
133 Notsituationen – auch Unversicherten – den Zugang zu gesundheitlichen
134 Einrichtungen.

135 Die Corona-Pandemie musste uns leider erst wieder bewusst machen, welchen
136 gesellschaftlich wichtigen Beitrag das Fachpersonal in Pflege und Gesundheit
137 tagtäglich leistet. Eine wertschätzende und gerechte Bezahlung sowie auch
138 angemessene und faire Arbeitsbedingungen sollen nicht nur leere Worte bleiben.
139 Dafür setzen wir uns vehement ein. So wollen wir bei unseren städtischen
140 Kliniken und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen durch finanzielle Zuschüsse
141 wie auch durch Betriebswohnungen Unterstützung bei der Wohnungssuche leisten und
142 Betriebskindertagesstätten mit arbeitsorientierten Betreuungsangeboten schaffen.
143 Durch diese zusätzlichen Anreize wollen wir qualifiziertes Personal für die
144 städtischen Einrichtungen gewinnen und halten.

145 Wir setzen außerdem auf ein breites medizinisches Angebot und eine
146 Gesundheitsversorgung der kurzen Wege. Denn allen Bürger*innen muss eine
147 gleichmäßige Verteilung von Gesundheitseinrichtungen im gesamten Stadtgebiet
148 gewährleistet sein, vom Allgemeinmediziner bis hin zur Gynäkologin, dem
149 Orthopäden, der Onkologin oder der kinderärztlichen Versorgung. Eine intensive
150 medizinische und gesundheitliche Betreuung ist nicht nur am Ende, sondern auch
151 am Anfang des Lebens wichtig. So setzen wir Grüne uns dafür ein, dass im Bereich
152 der Geburtshilfe das Betreuungsangebot durch Hebammen in allen Stadtvierteln
153 gestärkt wird.

154 Die hervorragende (intensiv-)medizinische Versorgung durch die München Klinik
155 war gerade in der Pandemie für viele Menschen in München und im Umland
156 lebensrettend. Wir wollen diese Krankenhäuser in den Händen der LHM behalten und
157 stärken.

158 Auch für psychisch Erkrankte sind ausreichend Hilfsangebote und eine
159 ganzheitliche Versorgung in Wohnortnähe entscheidend. Wir wollen mehr ambulante
160 Therapieangebote schaffen, um die oft monatelangen Wartezeiten auf einen
161 Psychotherapieplatz zu verringern. Die besonderen Bedarfe von trans* und inter*
162 Personen haben wir dabei stets im Blick.

163 Prävention zur Verhinderung von Erkrankungen ist ebenso eine zentrale Säule in
164 einer gerechten Gesundheitsversorgung. So darf Ernährung keine Frage der
165 finanziellen Situation sein. Daher sorgen wir für gesundes Essen, möglichst
166 fleischnfrei und zum höchstmöglichen Anteil biologisch erzeugt, in allen
167 städtischen Schulen und Kitas. Dies steht auch im Einklang mit einer
168 flächendeckenden Gesundheitsprävention in allen Schularten.

169 Menschen mit Suchterkrankungen sehen sich in ihrer besonderen Lebenssituation zu
170 oft mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und Konflikten konfrontiert. Wir stärken
171 daher die präventiven Maßnahmen und schaffen ausreichend Hilfsangebote für
172 Beratung und Behandlung sowie zur Begleitung von Angehörigen. Konflikten im
173 begrenzten Öffentlichen Raum treten wir mit guter Sozialer Arbeit,
174 Hilfsangeboten, Kommunikation und Mediation entgegen. Aber auch die Schaffung
175 von Schutzräumen für Drogenabhängige forcieren wir als Maßnahme hinsichtlich
176 Nutzungskonflikten und verbessern dadurch die Lebenssituation der Betroffenen
177 ebenso wie das Sicherheitsgefühl aller Bürger*innen in den städtischen Räumen.

178 **Verkehr:**

179 Eine gerechte Stadt denkt an alle Bürger*innen: Kinder, Erwachsene und
180 Senior*innen, Pendler*innen und Anwohnende. Die Bedarfe sind völlig
181 unterschiedlich: die Mehrheit hat kein Auto. Aus vielen Gründen ist die Nutzung
182 von Fahrrad und ÖPNV sowie zu Fuß gehen für die Stadt der Zukunft vorteilhaft.
183 Autos sind für viele Menschen wichtig – sie brauchen sie beruflich, um zur
184 Arbeit zu kommen, um gesundheitliche Versorgung wahrnehmen zu können oder zu
185 leisten oder um mit vielen Kindern den Alltag oder Freizeit zu gestalten.

186 Auch aus Sicherheitsgründen wird mitunter auf die Fahrt mit dem Fahrrad
187 verzichtet. Denn der Verkehr in München ist dicht, und die Struktur einer einst
188 als autogerecht geplanten Stadt ist vielerorts allgegenwärtig. Die
189 Radentscheide, die vom Stadtrat 2019 übernommen wurden, sind nur ein Teil der
190 Lösung.
191 Deswegen arbeiten wir gezielt daran, die Notwendigkeiten ein Auto zu nutzen,
192 konsequent zu reduzieren. Der Ausbau von Radinfrastruktur hat für uns Priorität.
193 Diese begünstigt die meisten Menschen, schafft Sicherheit auf dem Weg zur
194 'Vision Zero', ist luft- und umweltschonend sowie gesund.

195 Gerechter Verkehr bedeutet Veränderung. Der öffentliche Raum muss sukzessive im
196 21. Jahrhundert ankommen – weg von der autogerechten Stadt, hin zur
197 menschengerechten Stadt. Senior*innen, Kinder und Frauen nutzen Verkehr anders
198 und haben andere Bedarfe im öffentlichen Raum, die wir grundsätzlich
199 berücksichtigen wollen. Wir schaffen mehr Platz und Sicherheit für zu Fuß
200 gehende Menschen im innerstädtischen Bereich und dort, wo häufig Wege zu Fuß

201 überbrückt werden, indem wir Bürgersteige bei der Umgestaltung von Straßenraum
202 verbreitern und damit attraktiv machen.

203 Dort, wo Bürgersteige nicht verbreitert werden können, entsteht oft
204 Konkurrenzdruck mit der Außengastronomie. Wir streben daher eine Korrektur der
205 Richtlinien zur Einrichtung von Freischankflächen an, die eine
206 Restdurchgangsbreite von 1,80 Metern auf Gehwegen gewährleistet, sofern
207 Wirtsgärten vorhanden sind und/oder Schanigärten möglich. In Bereichen mit wenig
208 Fußverkehr setzen wir auf die Ortskenntnis der Bezirksausschüsse und gewähren
209 Bestandsschutz.

210 Gehwege müssen grundsätzlich für Fußgänger*innen und Rad fahrende Kinder, für
211 Rollstuhlfahrer*innen, Kinderwagen und Senior*innen mit Gehhilfe frei sein. Wir
212 wollen uns stark machen gegen geduldetes Gehwegparken von Autos. Bürgersteige
213 sind keine Parkplätze und die Behinderung des Fußverkehrs kein Kavaliersdelikt.

214 Wir wollen Fuß- und Radverkehr zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher gestalten,
215 wo nötig mit moderner, tierfreundlicher und energiesparender Beleuchtung. Wir
216 wollen die Kleinsten schützen mit flächendeckender Temporeduzierung und
217 Verkehrsberuhigung. Wir wollen einen öffentlichen Raum, in dem sich alle wohl
218 fühlen und der gerne genutzt wird. Wir sind überzeugt davon, dass eine autofreie
219 Innenstadt für die Mehrheit ein Gewinn ist und dass grundsätzlich in
220 Wohngebieten Tempo 30 einen Beitrag zu mehr Ruhe, mehr Sicherheit und besserer
221 Luft leisten kann. Daher setzen wir uns ein für Tempo 30 als
222 Regelgeschwindigkeit ein.

223 Wir arbeiten weiter an einem leistungsstarken, für alle Münchner*innen
224 bezahlbaren ÖPNV. Ein moderner ÖPNV fährt häufig und auch regelmäßig nachts und
225 schafft Querverbindungen, wo diese bisher fehlen. Neue Buslinien sind der
226 kostengünstigste Weg, den ÖPNV zu verstärken. Aber auch neue Tram-Linien und
227 bessere Taktung bedeuten enorme Verbesserungen für Menschen, die kein Auto
228 besitzen. ÖPNV-Stationen müssen grundsätzlich barrierefrei sein. Wo das nicht
229 der Fall ist, muss umgehend nachgebessert werden.

230 **Naherholung/Teilhabe:**

231 Der Druck auf öffentliche, innerstädtische Naherholungsflächen steigt zunehmend.
232 Die Bevölkerung Münchens wächst und nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns
233 gezeigt, wie wichtig Platz zum Durchatmen und Entspannen in der Stadt ist. Ob an
234 der innerstädtischen Isar, im Englischen Garten und auf der Theresienwiese, ob
235 an Münchens Baggerseen oder Parkanlagen: die Menschen wollen schnell und bequem
236 ihre Stadt nutzen und sich erholen.

237 Dazu braucht es Grün- und Naherholungsflächen, in allen Bezirken. Diese zu
238 erhalten oder neue zu erschließen ist in der am dichtesten besiedelten Stadt
239 Deutschlands ein übergeordnetes Ziel. Wir wollen dabei die Bedarfe aller
240 berücksichtigen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen, ohne oder mit
241 Behinderungen, psychischen Erkrankungen oder anderen Einschränkungen.

242 Als Grüne wollen wir uns weiter konsequent dafür einsetzen, dass der öffentliche
243 Raum für alle da ist: attraktiv, barrierefrei und frei von Konsumzwang.

244 Bestehende sowie neu geplante Spielplätze planen wir gemeinsam mit Kindern und
245 achten darauf, dass es insbesondere auch Bereiche gibt, die speziell Mädchen
246 ansprechen.

247 Für Jugendliche ist der Bedarf an innerstädtischen Freiflächen besonders hoch.
248 Viele Anwohnende fühlen sich durch laute Jugendliche, die auch mal spät abends
249 oder nachts feiern wollen, belästigt. Wir beteiligen uns intensiv an der Suche
250 nach Flächen, wo das nicht der Fall ist, und gestalten diese so attraktiv, dass
251 sie auch gerne angenommen und aufgesucht werden, um einen Freiraum zu schaffen,
252 in dem Jugendliche einfach Jugendliche sein können.

253 Auch Erwachsene sitzen gerne an der Isar, in Parks und auf Plätzen, um ihre
254 Freizeit zu genießen. Es gibt aktuell ganze Wohnblöcke, in denen beim Blick aus
255 dem Fenster fast kein Baum zu sehen ist. Die Nachbegrünung und nachträgliche
256 Schaffung von Grün- und Erholungsflächen sind uns ein dringendes Anliegen.

257 Senior*innen dürfen nicht zu den Verlierern einer wachsenden und sich
258 weiterentwickelnden Stadt gehören. Sie brauchen ruhige Orte, Sitzgelegenheiten,
259 Trinkbrunnen und Schattenplätze. Wir legen erhöhten Wert darauf
260 seniorengerechte, barrierefreie Aufenthaltsqualität zu schaffen und gerade
261 denjenigen Münchner*innen, die nicht mobil sind, in ihrem Umfeld
262 Naherholungsräume zur Verfügung zu stellen.

263 Der öffentliche Raum muss grundsätzlich öffentlich bleiben und darf nicht
264 regelmäßig und dauerhaft Konzernen zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt
265 gehört ihren Bürger*innen und die Gestaltung des öffentlichen Raums muss diese
266 im Blick haben.

267 Der öffentliche Raum muss bei neuen Planungen und Umgestaltungen grundsätzlich
268 Barrierefreiheit mitdenken. Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen
269 oder Mobilitätseinschränkungen dürfen nirgends unüberwindbare Hindernisse
270 antreffen, die sie an Teilhabe, Nutzung von Plätzen und Naherholungsflächen und
271 Zugang zum ÖPNV hindern. Zu einer attraktiven Gestaltung des öffentlichen Raums

272 gehören auch barrierefreie, öffentliche Sanitäreanlagen, für die wir uns in
273 geeigneter Anzahl einsetzen.

274 Bei der Erschließung und Gestaltung des öffentlichen Raums und von
275 Naherholungsflächen achten wir auf eine naturnahe Gestaltung. Die Stadt ist
276 artenreicher, als das Umland und wir wollen einen Beitrag leisten zum Tierschutz
277 und zum Arterhalt, um auch gegenüber der Natur gerecht zu sein und unseren
278 Beitrag zum Volksbegehren Artenvielfalt zu leisten – gerade dort, wo Menschen
279 und Natur gemeinsam Raum beanspruchen.

G2

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen am 02. und 03. April.

Initiator*innen: AK Gesundheit (beschlossen am: 05.04.2022)

Titel: **Kinder und Jugendliche müssen endlich
Priorität haben!**

Antragstext

1 Die Stadtversammlung möchte beschließen:

2 **I Die Stadtversammlung stellt fest:**

3 Kinder und Jugendliche sind wesentliche Verlierer*innen der Pandemie. Ihre
4 Rechte, Bedürfnisse und Anliegen wurden viel zu wenig berücksichtigt. Nach zwei
5 Jahren Pandemie mit den entsprechenden Einschränkungen sind Kinder und
6 Jugendliche, aber auch ihre Eltern, am Limit. Engagierte Sozialarbeiter*innen,
7 Lehrer*innen aber auch andere Beschäftigte im Erziehungswesen haben oft -trotz
8 mangelnder Unterstützung der Politik- Großes geleistet.

9 Trotzdem sind die Sozialen Abstände gewachsen. Es hat sich gezeigt, dass
10 besonders Familien aus sogenannten niedrigen sozioökonomischen Statusgruppen
11 oder mit Migrationsgeschichte unter den Folgen leiden. Diese sind -trotz einer
12 leichten Verbesserung- immer noch gravierend. Für alle, aber gerade für diese
13 Kinder, war es enorm wichtig, dass die Kitas und Schulen nicht mehr
14 flächendeckend geschlossen wurden!

15 Bereits vor der Pandemie wurde immer wieder auf die Belastungen für Kinder und
16 Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien hingewiesen. Schwierige
17 Wohnsituationen mit wenig Rückzugsmöglichkeiten und geringe technische

18 Ausstattungen, die für das digitale Lernen notwendig sind, haben die Situation
19 im Lockdown für betroffene Familien noch verschärft.

20 Auch der aktuelle Krieg in der Ukraine schürt Ängste und schafft Unsicherheiten.
21 In diesen Situationen sind tragfähige Bindungen und ein gutes Unterstützungs-
22 und Beratungsangebot besonders wichtig. Kinder und Jugendliche können auch
23 schwierigen Problemlagen meistern, aber dafür brachen sie Hilfe! Es ist unserer
24 Aufgabe als Erwachsene, sie zu unterstützen, damit sie die Auswirkungen der
25 Pandemie und die Herausforderungen der aktuellen Situation bewältigen können.
26 Packen wir es an!

27 **II Die Stadtversammlung fordert die Fraktion Die Grünen -Rosa Liste im München** 28 **Stadtrat auf,**

29 1. Beteiligungsformate wie JugendTalks zu unterstützen und die Ergebnisse
30 systematisch in die Stadtratsarbeit einfließen zu lassen. Wir müssen mit Kindern
31 und Jugendlichen sprechen, nicht nur über sie. [1]

32 2. Angebote in den Stadtteilen (z.B. Familienzentren oder Nachbarschaftstreffs)
33 zu unterstützen. Diese sind wichtige Bezugspunkte, gerade für sozial
34 benachteiligte Familien mit Kindern. Sie haben daher ein enormes Potenzial, die
35 Auswirkungen der Pandemie abzufedern – aber nur wenn sie personell und
36 finanziell gut ausgestattet sind. Sie schaffen bedarfsgerechte Angebote für
37 Kinder und Jugendliche und deren Familien vor Ort.

38 3. Schulen als Ort der Begegnung stärken. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig
39 Schulen für das notwendige Miteinander sind. Hier wird nicht nur Wissen
40 vermittelt, sondern es werden auch wichtige soziale Kompetenzen (z.B. Umgang mit
41 Konflikten und Meinungsverschiedenheiten, Durchsetzungsfähigkeiten,
42 gruppendynamische Prozesse) erlernt und eingeübt. Durch zielgenaue Angebote und
43 Hilfen soll Leistungsdruck vermieden werden. Der Spaß am Lernen sollten wieder
44 im Mittelpunkt stehen. [2]

45 4. Schulsozialarbeit, insbesondere an den Grundschulen, weiter auszubauen. Hier
46 besteht die beste Möglichkeit frühzeitig, niedrigschwellig und ganzheitlich
47 Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu unterstützen. Im Zusammenspiel mit der
48 Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) können passgenaue Angebote, insbesondere
49 auch für sozialbenachteiligte, Schüler*innen angeboten werden.

50 5. Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche stärken. Fehlende Bewegung,
51 schlechte Ernährung und ein kritischer Medienkonsum sind Folgen des Lockdown.
52 Hier gibt es dringend Handlungsbedarf. Der Ausbau einer bewegungsfördernden

53 Infrastruktur, idealerweise tägliche Bewegungsangebote in Kitas, Schulen und
54 Nachmittagsbetreuung, würde hier helfen. Aber auch Angebote zur Prävention für
55 seelische Gesundheit müssen intensiviert werden.

56 6. zu prüfen, wie die das Angebot an Therapieplätzen bei Kinder- und
57 Jugendtherapeut*innen in München ausgebaut werden kann. Aufgrund der Pandemie
58 haben Einsamkeit, Ängste und Depressionen und auch andere psychische
59 Erkrankungen wie zB Essstörungen massiv zugenommen. Aufgrund dessen hat sich die
60 Wartezeit auf einen Platz seit 2019 verdoppelt. [3, 4, 5]

61 7. ihren Einfluss auf die München Klinik gGmbH auszuüben das Leistungsspektrum
62 im Bereich Kinder- und Jugendpsychosomatik auszubauen.

63 **III Die Stadtversammlung fordert die Fraktionen von B'90/Die Grünen in den**
64 **Bezirksausschüssen auf,**

65 1. Anträge zur Bezuschussung von Freizeit- und Ferienangeboten für Kinder und
66 Jugendliche wohlwollend zu prüfen.

67 2. zu diskutieren, wie die Beantragung von Ferienpässen durch die/den BA-
68 Kinderbeauftragte*n möglich ist. [6]

Begründung

erfolgt mündlich

1. <https://www.kinderforum-muenchen.de/hoert-ihr-mich-jugendtalk-muenchen/>

2.

<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/leistungsdruck-an-bayerns-schulen-da-hilft-kein-appell-sondern-nur-eine-anweisung-vom-dienstherrn-a-cd6dfdac-572d-4ea3-99ed-70a1c98e37e9>

3.

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-kinder-jugendliche-psychotherapie-plaetze-wartezeit-100.html>

4.

<https://www.helios-gesundheit.de/unternehmen/aktuelles/pressemitteilungen/detail/news/corona-magersucht-bei-kindern-und-jugendlichen-steigt-rasant/>

5.

<https://www.ndr.de/kultur/Corona-Folgen-Massive-Stoerungen-bei-Kindern-und-Jugendlichen.corona9528.html>

6. <https://www.muenchen-transparent.de/antraege/5089469>

G3

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen am 02. und 03. April.

Initiator*innen: AK Feminismus und AK Digitales und Gesellschaft
(beschlossen am: 06.04.2022)

Titel: **Geschlechtergerechtigkeit der Digitalisierung in
München stärken**

Antragstext

1 Algorithmen verstärken aktuell in der digitalen Welt
2 Geschlechterungerechtigkeiten, digitale Gewalt trifft überproportional häufig
3 Frauen*, der Anteil von Frauen* in den IT-Berufen liegt gerade mal bei 16
4 Prozent laut des Dritten Gleichstellungsberichts von 2021. Dass Frauen* in
5 unserer digitalen Welt nicht gleichwertig repräsentiert werden, ist kein
6 Geheimnis. Dass digitale Kompetenzen auch nicht gleich verteilt sind und noch
7 weniger gleichwertig weiterentwickelt werden, hat nun auch das SZ-
8 Digitalbarometer, eine repräsentative Befragung des Bayerischen
9 Forschungsinstituts für Digitale Transformation (bidt) mit der SZ, aufgezeigt.
10 Jede*r zehnte Bürger*in besitzt nicht die notwendigen Kompetenzen im Umgang mit
11 digitalen Informationen und Daten. In anderen Kompetenzbereichen, wie z.B. dem
12 Erstellen eigener Inhalte, ist dieser Anteil der Unsicherheit häufig noch höher.
13 Es fehlt offensichtlich an Zugang und Vermittlung. Vor allem Frauen* gehören zu
14 denjenigen, denen in der Digitalisierung droht den Anschluss zu verlieren. Dem
15 müssen wir entgegensteuern.

16 Andere Städte wie Wien gehen mit gutem Beispiel wie dem Frauenbarometer und
17 niederschweligen Förderungsmöglichkeiten voran. Unser Ziel ist es, dass Frauen*
18 und Mädchen* in München befähigt werden, selbstbestimmt und neugierig mit der
19 digitalen Welt zu interagieren. Frauen* und Mädchen* in München soll

20 verständlich gemacht werden, dass ihre Kontaktscheue gegenüber der
21 Digitalisierung kein individuelles Problem ist, sondern ein gesellschaftliches
22 Phänomen, dem wir als Grüne in der Fläche entgegenwirken wollen.

23 Daher fordern wir die Grün-Rosa Liste Stadtratsfraktion auf folgende Punkte in
24 den Stadtrat einzubringen:

- 25 1. **Ein Frauenbarometer: Eine repräsentative Studie zu den**
26 **Gestaltungspotenzialen der Digitalisierung der Münchnerinnen.** Als Vorbild
27 kann hier das Frauenbarometer aus Wien dienen. Mit der Studie soll die
28 Gesamtsituation sichtbar gemacht werden. Das Ziel ist, die digitalen
29 Kompetenzen langfristig zu stärken. Darüber hinaus werden durch die
30 jährliche Umfrage und Veröffentlichung für Frauen* sichtbar gemacht, dass
31 ihr Problem kein individuelles ist, sondern ein gesellschaftliches. Des
32 Weiteren wird wahrnehmbar für Frauen*, dass sie auch Zielgruppe sind und
33 mitgedacht werden, die digitale Kommunikation erscheint so inklusiver. Die
34 Ergebnisse des Frauenbarometers werden als Grundlage genutzt, um Maßnahmen
35 zur Stärkung digitaler Kompetenzen für Frauen* und Mädchen* zu entwickeln.
- 36 2. **Evaluation (z.B. 2-jährig) der bestehenden Angebote, die im Rahmen der**
37 **Digitalisierungsstrategie implementiert wurden.** Davon ausgehend sollen
38 generelle Angebote und insbesondere Bildungsangebote für die Stärkung
39 digitaler Kompetenzen für Mädchen* und Frauen* erweitert werden.
- 40 3. **Niedrigschwellige Förderungen für Frauen*, die sich digital weiterbilden**
41 **wollen.** Viele Angebote in Bayern wirken sehr spezifisch auf schon
42 erfolgreiche Frauen* abgestimmt. Zum Beispiel sind kleine
43 Wochenendfortbildungen durch einfache und leicht zugängliche
44 Fördermöglichkeiten leichter auch für Frauen* mit geringerem Einkommen
45 finanzierbar und werden daher attraktiver. Fortbildungen sind auch immer
46 hervorragend für Vernetzung und Austausch geeignet.

Begründung

Begründung:

In der obengenannten Studie des bidt-SZ-Digitalbarometers geben 8 % der Frauen* auf die Frage „Wie oft fühlen Sie sich im Umgang mit digitalen Geräten oder dem Internet allgemein überfordert?“ „sehr häufig“ an. Bei Männern sind es 4%. Dass sie sich „oft“ überfordert fühlen, geben Frauen* ebenfalls doppelt so oft an wie Männer. Diese Daten basieren auf einer Selbsteinschätzung der Befragten, was deutlich aufzeigt, dass Frauen* weniger Freude und Neugier am Umgang mit der digitalen Welt haben als Männer. Das muss nicht

sein. Wir müssen mehr Augenmerk darauflegen, dass die Bedürfnisse von Frauen* in der Bildung und der Digitalisierung mehr mitgedacht und repräsentiert werden. Wenn wir die Digitalisierung so weiterlaufen lassen wie bisher, wird die Schere zwischen „digital selbstbestimmt und handlungsfähig“ und „digital abhängig und weisungsabhängig“ immer größer werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass Frauen*, ältere Menschen, formal niedrig Gebildete und Personen mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen sich seltener durch Bildungsangebote im digitalen Bereich weiterbilden, als Männer mit mittlerem Einkommen im Alter zwischen 25 und 46 Jahren. Daher müssen nicht nur im beruflichen Bereich Weiterbildungsaktivitäten für digitale Kompetenzen deutlich verstärkt werden. Ein wichtiger erster Schritt ist es daher, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der individuellen Weiterentwicklung der digitalen Kompetenzen bei Frauen* in München zu fördern. Dafür sehen wir das Frauenbarometer als hervorragendes Werkzeug an.

G4

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen am 02. und 03. April.

Initiator*innen: OV Au/Haidhausen (beschlossen am: 07.04.2022)

Titel: **Gegen die Einsamkeit: Nachbarschaftstreffs
personell besser ausstatten**

Antragstext

1 **Die Stadtversammlung möchte beschließen:**

2 **Die Stadtversammlung stellt fest:**

3 Einsamkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Die Coronapandemie mit den
4 fehlenden Kontaktmöglichkeiten hat aber, insbesondere bei älteren Menschen,
5 dieses Problem noch verstärkt. Eine Umfrage aus dem Frühjahr 2021 hat ergeben,
6 dass sich mehr als jede fünfte Seniorin und jeder fünfte Senior ab 75 Jahren
7 häufig oder zumindest hin und wieder einsam fühlt. Frauen sind im hohen Alter
8 häufiger von Einsamkeit betroffen als Männer.

9 Soziale Isolation, also objektiv wenig soziale Kontakte, korreliert oft mit
10 verschiedenen Problemlagen. Dazu gehören zum Beispiel Schicksalsschläge,
11 Erkrankungen, mangelnde Mobilitätsangebote, Armut oder Migrationshintergrund.
12 Betroffene brauchen daher Unterstützung, um aus ihrer Vereinsamung und aus der
13 sozialer Isolation herauszufinden. Einsamkeit zu verhindern ist eine
14 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

15 Niedrigschwellige und bedarfsgerechte Angebote direkt im Quartier wie
16 Nachbarschaftstreffs sind wichtige Angebote, insbesondere für sozial
17 benachteiligte Familien mit Kindern, für geflüchtete Menschen aber eben auch für

18 Senioren und Seniorinnen. Gerade in einer wachsenden Stadt ist es, insbesondere
19 in Neubaugebieten aber auch im verdichteten Bestand, für den sozialen
20 Zusammenhalt sehr wichtig konsumfreie Räume zu haben.

21 Die Leitidee der Nachbarschaftstreffs wurde - stark unterstützt von den Münchner
22 Grünen - im Zusammenwirken des Amts für Wohnen und Migration mit der Münchner
23 Wohnungswirtschaft, bereits vor 23 Jahren auf den Weg gebracht. Inzwischen gibt
24 es bereits 54 solcher Einrichtungen. Getragen werden sie – neben einem*r
25 hauptamtlichen Leiter*in - in Eigen- und Selbstverantwortung der Ehrenamtlichen.

26 Die Treffs bieten Raum für Engagement, sind da für alle Themen rund um die
27 Nachbarschaft und Planungen im Viertel. Sie unterstützen mit Wissen, Kontakten,
28 Material und Räumen. Sie vermitteln und vernetzen. Sie bieten Räume für Feiern
29 und Veranstaltungen, bieten Raum für Austausch und Miteinander. Sie sind
30 verknüpft mit Nachbarschaftshilfe und haben u.a. gerade in der Pandemie sehr
31 viel für ihre Nachbarinnen und Nachbarn geleistet. Für viele Familien waren sie
32 oft der einzige Halt und die einzige verlässliche Anlaufstelle.

33 Bereits vor mehr als 15 Jahren wurden Nachbarschaftstreffs von einer Delegation
34 von Eurocitys als beispielhaftes Erfolgsmodell für Integration und Teilhabe
35 ausgezeichnet. Eine Wirkungsanalyse aus dem Jahr 2013 kam zum ähnlichen
36 Ergebnis, empfahl aber u.a. dringend zur wesentlich besseren Entfaltung der
37 Wirkungsmöglichkeiten und zur Vermeidung von Überforderung die Stellen der
38 hauptamtlichen Leiter*innen der Nachbarschaftstreffs von einer halben auf eine
39 ganze Stelle auszuweiten.

40 Eine halbe Stelle (also 19,5h/Woche) reicht bei weitem nicht aus, um die
41 vielfältigen Aufgaben zu schaffen. Diese sind konkret neben der inhaltliche
42 Arbeit im Quartier auch das Raummanagement und die Koordination und Anleitung
43 der Ehrenamtlichen. Außerdem ist bei einer 19,5h/Woche-Stelle keine Urlaubs- und
44 Krankheitsvertretung mitgedacht, d.h. der Treff muss in solchen Fällen
45 geschlossen werden da kein refinanzierter Ersatz vorgesehen ist.

46 Die bisherige Ausstattung mit einer halben Stelle wird der zunehmend
47 gesellschaftlich wichtiger werdenden Aufgabe der Nachbarschaftstreffs in keiner
48 Weise gerecht. Überforderung der Fachkräfte sowie Schwierigkeiten bei der
49 Personalakquise und eine hoher Fluktuation auf Arbeitsplätze mit besseren
50 Rahmenbedingungen sind Folgen der bisherigen Praxis.

51 **Die Stadtversammlung fordert die Fraktion Die Grünen -Rosa Liste im München**
52 **Stadtrat auf,**

53 Standorte weiterer Nachbarschaftstreffs zu sichern und auszuschreiben und die
54 Stellen für die hauptamtlichen Leiter*innen der Treffs von einer halben Stelle
55 auf eine ganze aufzustocken, beginnend mit Wohnquartieren mit großem Umgriff.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Clara Nitsche (KV München), Andreas Ammer (KV München), Martin Ottensmann (KV München)

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen am 02. und 03. April.

Initiator*innen: Grün-Rosa Stadtratsfraktion (beschlossen am: 25.04.2022)

Titel: **Dringlichkeitsantrag: Münchner Appell an die Bundesregierung: Die Wohnungskrise in München und anderen großen Städten wirksam bekämpfen: Forderungen für eine soziale Wohnungs- und nachhaltige Bodenpolitik**

Antragstext

1 Der Stadtparteitag möge beschließen, den folgenden Münchner Appell an die
2 Bundesregierung zu unterstützen:

3 Die Lage der großen und größten Städte Deutschlands wird immer dramatischer. Das
4 gilt im besonderem Maße auch für München. Dort steigen die Bodenpreise jährlich
5 um durchschnittlich 12%, seit 2010 auf 330 % des damaligen Preises von 1.200 €
6 auf ca. 4.000 € pro Quadratmeter Bauland.

7 Die Immobilien-Neubaupreise haben sich mehr als 2,5-facht, ebenso wie die Preise
8 für Bestandsimmobilien. Neubau-Eigentumswohnungen sind etwa 2,3 mal so teuer wie
9 2010, die Erst- und Wiedervermietungs-Mieten haben sich von 12 und 13 €/m. um
10 durchschnittlich 60 % auf fast 20 bzw. mehr als 21 €/m. erhöht.

11 Als Amts- und Mandatsträger*innen sind wir täglich auf allen politischen Ebenen
12 mit der größten sozialen Frage unserer Zeit, nämlich bezahlbaren Wohnraum zu
13 schaffen und zu erhalten, konfrontiert. Mehr als in anderen Bereichen ist der
14 Handlungsspielraum der Kommunen abhängig von der Gesetzgebung des Bundes. Eng

15 verknüpft mit der Wohnungsfrage ist die Bodenfrage. Dem Bodenpreis folgt die
16 nicht mehr tragbare Dynamik der Preisspirale bei Immobilien und Mieten. Ihr
17 wurde aus Sicht der großen Städte zu wenigen Augenmerk in den
18 Koalitionsverhandlungen gewidmet. Wir meinen: Grund und Boden sind nicht
19 vermehrbar und daher unter besonderen staatlichen Schutz zu stellen. Eine gut
20 aufgestellte Bodenpolitik in den Verdichtungsräumen ist der Schlüssel zu mehr
21 sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig dient Flächeneffizienz der
22 Klimagerechtigkeit.

23 **Daher stellen wir als Münchner Amts- und Mandatsträger*innen folgende**
24 **Forderungen und bitten unsere Koalitionspartner im Bund um Unterstützung bei**
25 **einer raschen Umsetzung:**

26 In Städten mit angespannten Wohnungsmärkten wird:

- 27 • als Sofortmaßnahme die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts in
28 Erhaltungssatzungsgebieten durch klarstellende Ergänzungen von § 26 BauGB
29 und § 89,3 BauGB ohne Zeitverzögerung umgesetzt

- 30 • im Baugesetzbuch ein gebietsbezogenes und wirksameres Baugebot durch das
31 neue Instrument der Innenentwicklungsmaßnahme (IEM) sowie die
32 Unterstützung kommunaler Bodenfonds durch ein erweitertes Vorkaufsrecht
33 zum sozial gebundenen Ertragswert ermöglicht

- 34 • privaten Vermieter*innen von Mehrfamilien-Häusern die Körperschafts- bzw.
35 Einkommens-Besteuerung der Erträge aus Vermietung auf ein Drittel gesenkt,
36 wenn und solange die Wohnungen für mindestens zehn Jahre 15% unter
37 Mietspiegel an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein vermietet werden
38 („Gemeinwohlwohnen“).

- 39 • für private Vermieter*innen von Mehrfamilien-Häusern die
40 Berechnungsgrundlage der Erbschafts-/Schenkungssteuer auf den Ertragswert
41 von vereinbarten Mieten - auch unterhalb von 20% unter dem Mietspiegel –
42 begrenzt. sowie auf einer Berechnungsbasis des Grundstücks von 30%unter
43 dem Bodenrichtwert reduziert, solange die vereinbarten Mieten nur nach
44 Verbraucherpreisindex und auf maximal 15 % unter dem Mietspiegel erhöht
45 werden. Bei Abweichung und bei Verkauf ohne diese Auflagen muss das Delta
46 zur Regel-Erbschafts-/Schenkungssteuer mit Verzinsung nachgezahlt werden;

47 Außerdem fordern wir:

- 48 • dass qualifizierte Mietspiegel durch die Einbeziehung von Mietverträgen

49 der letzten 20 Jahre eine breitere Basis der tatsächlichen
50 Mietmarktentwicklung erhalten und damit die Dynamik der Treiber von
51 Mietpreiserhöhungen im Neubau und Bestand dämpfen können.

- 52 • dass die 10jährige Spekulationsfrist in § 23 Einkommensteuergesetz
53 abgeschafft wird und damit die Besteuerung privater Immobiliengeschäfte an
54 die anderer Vermögensgüter angeglichen wird.
- 55 • dass die Möglichkeiten eines Bodenpreisdämpfungsgesetzes geprüft werden,
56 mit dem in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten Bodenpreissteigerungen
57 (ggf. befristet) auf die Steigerung des Verbraucherpreisindex begrenzt
58 werden (vgl. Difu-Vorschlag).
- 59 • die Unterstützung einer Bundesvorratspolitik der Kommunen für den
60 geförderten und konzeptionellen bezahlbaren Wohnungsbau durch Übertragung
61 von bundeseigenen Grundstücken und Immobilien.

62 **Begründung für die Dringlichkeit unseres Appells:**

63 Die Wohnungsfrage war schon immer vor allem eine Bodenfrage. Eine sozial
64 gerechte und nachhaltige Nutzung des unvermehrten Bodens setzt voraus, dass er
65 der Verwertungsspirale weitgehend entzogen und dem Allgemeinwohl verpflichtet
66 bleibt. Befeuert durch die Nullzinspolitik hat seit der Weltfinanzkrise der
67 Ausverkauf von Boden in Stadt und Land Fahrt aufgenommen. Selbst im Corona-Jahr
68 2020 hielt der Zustrom von Anlagekapital unvermindert an und erreichte ein
69 Transaktionsvolumen (Wohn- und Gewerbeimmobilien) von fast 80 Mrd. Euro. Die
70 Baulandpreise haben sich in den Großstädten mit über 500.000 Einwohner*innen von
71 2009 bis 2019 mehr als verdreifacht und bescheren Finanzinvestoren märchenhafte
72 Renditen ganz ohne eigene Investitionen. In München entfallen bei Baulandpreisen
73 von mehr als 4.000 Euro/m² rund 80 Prozent der Kosten einer Wohnung auf das
74 Grundstück - was zu Neubaumieten jenseits von 20 Euro/m² führt. Selbst mit
75 Baukostensenkungen im zweistelligen Prozentbereich können hier keine bezahlbaren
76 Wohnungen mehr entstehen.

77 Die Wohnungskrise ist nicht zuletzt Teil der bedrohlichen Klimakrise. Vierzig
78 Prozent der CO₂-Belastung in Deutschland resultieren aus Bau, Betrieb und Abriss
79 von Gebäuden. Schon deshalb muss soziale Wohnungspolitik mit Flächeneffizienz
80 und Dekarbonisierung einhergehen. Klimagerecht sind vor allem energetisch
81 ertüchtigte Wohnungen im Bestand. Um den unvermeidlichen Neubau möglichst
82 klimagerecht zu bewerkstelligen, reichen nachwachsende Baustoffe, Bauteil- bzw.
83 Materialrecycling und eine CO₂-freie Wärmeversorgung nicht aus. Vor allem muss
84 der weitere Flächenfraß gestoppt werden. Aufstockung und Nachverdichtung
85 ermöglichen bei gleichzeitigem Ausbau der grünen Infrastruktur eine
86 klimagerechte Innenentwicklung.

87 Dafür sind die oben genannten Instrumente und Maßnahmen unverzichtbar und müssen
88 zeitnah in die Wege geleitet werden.

Begründung

siehe Antragstext

Unterstützer*innen

Martin Ottensmann (KV München)